

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ständigen Ausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/2153

Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,
dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2153 – zuzustimmen.

25. 10. 2012

Der Berichterstatter:

Bernd Hitzler

Der Vorsitzende:

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss behandelt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde –, Drucksache 15/2153, in seiner 16. Sitzung am 25. Oktober 2012.

Allgemeine Aussprache

Der Justizminister legt dar, er habe sich über die Redebeiträge in der Ersten Beratung zum vorliegenden Gesetzentwurf gefreut und würde sich freuen, wenn es auch in der Zweiten Beratung eine breite Zustimmung gäbe.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU merkt an, im Rahmen der Ersten Beratung sei seitens seiner Fraktion bereits die Frage aufgeworfen worden, welche Kosten durch das neue Instrument der Landesverfassungsbeschwerde verursacht würden. Denn angesichts der derzeitigen Haushaltssituation müssten Kosten und Nutzen des neuen Instrumentariums gewissenhaft abgewogen werden. Weil es bereits

Ausgegeben: 02. 11. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier; ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

derzeit jeder Bürgerin und jedem Bürger von Baden-Württemberg möglich sei, eine Verfassungsbeschwerde einzulegen, sei er persönlich nicht davon überzeugt, dass das neue Instrumentarium einen ausreichend hohen Mehrwert mit sich bringe. Deshalb könne er persönlich abweichend von der Mehrheit in seiner Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Einzelabstimmung

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung des Ausschusses dazu fest, über den Gesetzentwurf im Ganzen abzustimmen.

Der Ausschuss beschließt gegen drei Stimmen mit allen übrigen Stimmen, dem Plenum zu empfehlen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/2153 – zuzustimmen.

26. 10. 2012

Bernd Hitzler